

Migrantische Perspektiven für München 2026–2032
Ein Aufruf an die Verhandlungspartner*innen der Münchner Stadtratskoalition

Sehr geehrte Damen und Herren,

München ist eine internationale, vielfältige und lebendige Stadt. Rund die Hälfte der Münchner Bevölkerung hat eine Migrationsbiografie. Diese gesellschaftliche Realität muss sich stärker in Politik, Verwaltung und Stadtentwicklung widerspiegeln.

Im Zuge der Koalitionsverhandlungen für die kommende Legislaturperiode appellieren wir an Sie, migrantische Perspektiven als festen Bestandteil kommunaler Politik zu verankern. Es geht um Chancengerechtigkeit, demokratische Teilhabe und den gesellschaftlichen Zusammenhalt unserer Stadt.

Als Anhang erhalten Sie unsere Forderungen an den Stadtratskoalitionsvertrag, die wir im Folgenden zusammengefasst haben.

Wir erwarten insbesondere:

- Perspektive für mehr politische Repräsentation und Beteiligung von Menschen mit Migrationsbiografie in Stadtrat, Bezirksausschüssen, Beiräten und der Verwaltung
- Eine flächendeckende Stärkung diskriminierungskritischer Kompetenzen in der Verwaltung.
- Keine Kürzungen im sozialen Bereich – bei Angeboten für marginalisierte Communities, insbesondere Frauen und Kinder sowie schutzsuchende Menschen
- Konsequente Maßnahmen gegen Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede Form von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.
- Konkrete Programme zur Förderung von Bildungs- und Chancengerechtigkeit in Kitas, Schulen und Ausbildung
- Anerkennung von Mehrsprachigkeit und kultureller Vielfalt als Mehrwert unserer Stadt
- Faire Kulturförderung und bessere Sichtbarkeit migrantischer Perspektiven im kulturellen Leben Münchens
- Eine Stadtplanung, die Vielfalt mitdenkt – auch bei Wohnraum, Begegnungsorten und religiösen Bedarfen
- Stärkung migrantischer Organisationen, Vereine und ehrenamtlicher Strukturen
- Eine zeitgemäße Erinnerungskultur, die Betroffenenperspektiven ernst nimmt und rechtsextreme Gewalt klar benennt

Wir danken Ihnen für Ihre Offenheit und die ernsthafte Auseinandersetzung mit unseren Forderungen. Für Rückfragen, Rückmeldungen und den weiteren Austausch stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Für ein gemeinsames, gerechtes und vielfältiges München.

Mit freundlichen Grüßen
München, 28.04.2026

Initiator:

Initiative Aktiv und Bunt für München

Unterstützer:

Netzwerk Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern
InitiativGruppe
Kompetenzteam Vielheit

Migrantische Perspektiven: Unsere Forderungen!

An die Verhandlungspartner*innen der Münchner Stadtratskoalition 2026–2032

**Für ein gerechtes, vielfältiges und repräsentatives München:
Forderungen zur politischen und gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit
Migrationsbiografie**

Priorität 1: Demokratische Teilhabe, Repräsentation und Machtzugang sichern

Ziel: Menschen mit Migrationsbiografie sollen dauerhaft dort vertreten sein, wo Entscheidungen fallen.

- Verbindliche Erhöhung der Repräsentation in Stadtrat, Bezirksausschüssen, Beiräten und städtischen Gremien
- Stärkung und dauerhafte Absicherung des Migrationsbeirats als demokratisch legitimierte Interessenvertretung (inkl. für Personen ohne Wahlrecht)
- Einführung eines städtischen Repräsentations- und Beteiligungsmonitorings
- Vereinfachter Zugang zu Förderinstrumenten und kommunalen Zuschüssen
- Politische Bildung, Nachwuchsförderung und Vernetzung migrantischer Akteur*innen
- Entwicklung eines kommunalen Migrations- /Teilhabeplans (anschlussfähig an bestehende Gleichstellungs- und Vielfaltsstrategien)

Priorität 2: Soziale Sicherheit, Schutz und gleichberechtigten Zugang gewährleisten

Ziel: Niemand wird von sozialen Rechten, Schutz und Unterstützung ausgeschlossen.

- Verbindlicher Kürzungsverzicht im sozialen Bereich vor allem dort, wo marginalisierte und deprivilegierte Gruppen betroffen sind.
- Ausbau niedrigschwelliger, quartiersbezogener Angebote, insbesondere für migrantische Frauen
- Gleichberechtigter Zugang zu sozialen Leistungen und Beratung unabhängig vom Aufenthaltsstatus
- Konsequente Umsetzung von München als „Sicherem Hafen“
- Absage an ausgrenzende Maßnahmen (u. a. kein Abschiebeterminal am Flughafen)

Priorität 3: Antidiskriminierung und Schutz vor Rassismus institutionell absichern

Ziel: Die Menschenrechtsstadt München schützt konsequent vor Rassismus – auch institutionell.

- Ausbau und dauerhafte Stärkung von Antidiskriminierungs- und Beschwerdestellen
- Mehrsprachige, Community nahe Beratung und Öffentlichkeitsarbeit
- Systematische Erfassung und Auswertung von Diskriminierungsfällen
- Verabschiedung und Umsetzung eines städtischen Aktionsplans gegen Rassismus und Diskriminierung
- Verpflichtende rassismus- und diskriminierungskritische Fortbildungen, insbesondere für Verwaltung, Polizei und Bildung
- Fokus auf besonders betroffene Gruppen (antimuslimischer, antischwarzer, antisemitischer Rassismus)

Priorität 4: Verwaltung, Bildung und öffentliche Institutionen migrationsgesellschaftlich öffnen

Ziel: Öffentliche Institutionen sollen die Vielfalt der Stadt widerspiegeln und chancengerecht wirken.

- Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationsbiografie, insbesondere in Führungspositionen
- Verbindliche Vielfalt- und Antidiskriminierungsstrategien in allen Referaten
- Verbesserte Servicequalität und kürzere Wartezeiten (insb. Einbürgerung, KVR)
- Anerkennung von Mehrsprachigkeit und kultureller Vielfalt in Kitas, Schulen und Weiterbildung

- Bildungsmonitoring (Übergänge, Repräsentanz, strukturelle Benachteiligung)
-

Priorität 5: Erinnerungskultur, Anerkennung und Aufarbeitung – mit Schwerpunkt OEZ Attentat

Ziel: Eine klare, Betroffenen zentrierte Erinnerungspolitik als Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

- Dauerhafte Verankerung von Gleis 11 als Erinnerungsort der Migration und festen Bestandteil der Münchner Stadtgeschichte
 - Zentrale Verankerung des OEZ-Attentats als rechtsextremen Terror in der städtischen Erinnerungskultur
 - Unterstützung einer unabhängigen, umfassenden Aufarbeitung des OEZ-Attentats (inkl. offener Ermittlungsfragen)
 - Partizipative Überarbeitung des Denkmals „Für Euch“ (Darstellung, Sichtbarkeit, Informationsangebote)
 - Aktive und institutionelle Erinnerung an die Opfer, unter Einbeziehung der Perspektiven von Betroffenen und Angehörigen
 - Sichtbare Formen des Gedenkens im öffentlichen Raum (z. B. städtische Gedenkformate, Zeichen im ÖPNV)
 - Weiterentwicklung einer inklusiven Erinnerungskultur zu rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
 - Verbindung von Erinnerung, Bildungs- und Präventionsarbeit
-

Priorität 6: Kulturelle Teilhabe stärken und fairen Zugang zu Förderung sicherstellen

Ziel: Kulturelle Vielfalt als Normalität anerkennen und Förderstrukturen diskriminierungsfrei öffnen.

Zusammengefasste Forderung: Die Landeshauptstadt München stellt sicher, dass Künstler*innen, Kulturschaffende und Organisationen mit Migrationsbiografie gleichberechtigten, transparenten und diskriminierungsfreien Zugang zu Kulturförderung und Kultureinrichtungen erhalten:

- Abbau struktureller Hürden in Antrag und Förderverfahren (niedrigschwellig, transparent, diskriminierungsfrei)
- Gleichberechtigter Zugang zu städtischen Kulturförderprogrammen und -räumen
- Anerkennung migrantischer Perspektiven als Innovation und Zukunftsfaktor für Kunst und Kultur
- Erhöhung der Repräsentanz von Menschen mit Migrationsbiografie in Programmgestaltung, Personal und Entscheidungsstrukturen von Kultureinrichtungen
- Verankerung kultureller Vielfalt als gesellschaftliche Normalität in städtischen Institutionen (über Modellprojekte hinaus)